

Kommentare

CLAUDIA SEIRING

Traumhafte
Ankunft im
Oscar-Olymp



Vermutlich hat Michel Hazanavicius vergangene Nacht durchgefeiert. Warum auch schlafen, wenn das Leben einem den größten Traum erfüllt? Seit mehr als zehn Jahren trug der heute 44-jährige Franzose die Idee in sich, im dritten Jahrtausend einen Stummfilm zu drehen. Niemand wollte dafür Geld geben, belächelt und abgewiesen ging der Regisseur den Umweg über zwei Spionage-Parodien, um Finanziers für sein verrücktes Projekt zu finden. Nun hat er es geschafft. Nach mehr als 70 internationalen Film- und Kritikerpreisen in den vergangenen Monaten ist seine Hommage an eine untergegangene Kinowelt in den Oscar-Olymp aufgenommen worden. Fünf Auszeichnungen für „The Artist“ – Chapeau!

Hazanavicius hat damit nicht nur seinen Namen in eine Reihe mit denen von Jean Renoir, Louis Malle oder Francois Truffaut gestellt – die allerdings nie eine derartige Oscar-Schwemme erlebten. Er hat auch deshalb Filmgeschichte geschrieben, weil er an seinem Traum festhielt, einem völlig weltfremdem Traum, der wahr wurde. So erfüllt die Produktionsgeschichte von „The Artist“ alle Voraussetzungen für ein Drama auf großer Leinwand, in-

klusive Happy End. Dass auch noch ein Hund eine Rolle spielt, wurde von den Zweibeinern bei der Preisverleihung perfekt inszeniert: Uggie (im Film „Jack“) musste immer wieder Männchen auf dem roten Teppich machen.

Tierische Freude herrschte auch in Frankreich. Schließlich gewann mit Martin Scorseses „Hugo Cabret“ außerdem ein 3-D-Märchen, das in einem Pariser Bahnhof spielt. Und Woody Allen erhielt den Drehbuch-Oscar für seinen zauberhaftes Werk „Midnight in Paris“.

Und die Zuschauer? Einige Hunderttausend schlugen sich die Nacht um die Ohren, um aus ihrem deutschen Wohnzimmer live in Hollywood dabei zu sein. Damit sind sie eine Macht im Vergleich zu denen, die für „The Artist“ ins Kino gingen. Lediglich 37 000 Zuschauer wollten den Schwarz-Weiß-Film seit seinem Start vor vier Wochen sehen. Spitze ist das nicht. Ganz oben steht seit sieben Wochen mit 5,5 Millionen Besuchern die französische Komödie „Ziemlich beste Freunde“. Man darf gespannt sein, ob „The Artist“ nach den Herzen der Filmindustrie nun auch die der Kinogänger erobert.

Posse um würdige Kandidatin

Sollen wir? Sollen wir nicht? Und wenn ja, wen? Die Linken, die sich von den anderen Parteien bei der Suche nach einem neuen Bundespräsidenten ausgegrenzt fühlen, haben die Chance, sich eindrucksvoll in Szene zu setzen, nicht genutzt. Mit Recht fühlten sie sich beleidigt. Es gab keinen vernünftigen Grund, die Abgeordneten einer Partei, die immerhin von fünf Millionen Wählern in den Bundestag gebracht wurde, wie Aussätzige zu behandeln. Es ist auch legitim, wenn die Linkspartei darauf mit einer eigenen Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten reagiert. Aber das Wie der Kandidatenfindung löste dann

doch Verwunderung aus. Auf offener Bühne wurde über Anwärter und Anwärterinnen verhandelt. Und das so munter, dass schon kaum noch jemand an ein Ergebnis glaubte.

Verzweifelt sind manche Genossen, die wenig zurückhaltend befinden, die aktuelle Parteiführung habe nun endgültig ausgedient. Das Kuriose: Es wurde bei allem Hickhack eine sehr präsentable Kandidatin gefunden. Beate Klarsfeld, eine Frau, die schon gegen Nazis gekämpft hat, als dies noch keinen gesellschaftlichen Beifall fand, hätte jedoch ein würdigeres Verfahren verdient gehabt. **ANDRÉ BOCHOW**

Nicht attraktiv genug

Viele Arbeitsmöglichkeiten in Brandenburg sind auch für Menschen aus Polen und anderen östlichen Nachbarländern derzeit nicht attraktiv genug. Diese Erkenntnis ist neun Monate nach der vollständigen Öffnung des Arbeitsmarktes nicht nur überraschend, sondern auch ernüchternd. Denn im Gegensatz dazu haben schon deutlich mehr Neu-EU-Bürger die alten Bundesländer als Alternative für sich gewählt.

Letzteren ziehen ja auch alljährlich um die 8000 in den Westen oder Süden dieses Landes, weil es dort bessere Verdienstmöglichkeiten gibt. Die Hoffnung mancher Unternehmer, dass junge Osteuropäer mit Löhnen zufrieden sein würden, mit denen man den hiesigen Nachwuchs nicht mehr locken kann, hat sich – jedenfalls in der Masse – nicht erfüllt.

Dies wird wohl auch in Zukunft nicht passieren. Wer guten Nachwuchs braucht, muss diesen selbst ausbilden und kann nicht darauf hoffen, dass er vom Himmel fällt. Und dies ist doch eine gute Erkenntnis. **DIETRICH SCHRÖDER**

Gesagt ist gesagt



„Frau Merkel macht immer irgendwann das, was wir gesagt haben.“

Grünen-Chef Cem Özdemir über Kursänderungen von Kanzlerin Angela Merkel (CDU)

Von STEFAN KEGEL

Leuna/Potsdam (MOZ) **Um die Braunkohle vorerst vor der Energiewende zu retten, haben sich drei ostdeutsche Länder zusammengetan. Gestern trafen sich deren Spitzen zum Braunkohlegipfel in Leuna.**

„Die Versorgungsengpässe, die es in diesem Winter bei der Gasversorgung gab, zeigen, wie wertvoll unsere heimische Braunkohle ist“, verdeutlichte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) gestern nach dem Treffen im sachsen-anhaltischen Chemie-Dorado Leuna. Zudem sähen die ostdeutschen Länder große Perspektiven für die Braunkohle als Grundstoff, etwa für die chemische Industrie. Dies sei auch ein Weg, um die Abhängigkeit von Gas- und Ölimporten zu mindern, betonte der Gastgeber.

Zuvor hatte er mit seinem Amtskollegen aus Dresden, Stanislaw Tillich (CDU), dem Potsdamer Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Linke) und EU-Energiekommissar Günther Oettinger (CDU) zwei Stunden lang beraten. Eingeladen hatten sie auch Vertreter der Braunkohleunternehmen Vattenfall und Mibrag. Letzteres plant, in Profen im Süden Sachsen-Anhalts ein neues Kraftwerk zu bauen.

Klimaforschern gilt die Verstromung der Braunkohle zu meist als schmutzige Technologie: Für sie werden Dörfer abgebagert, und ihre verbrannten Hinterlassenschaften finden sich noch nach Jahrhunderten in der Atmosphäre und heizen den Planeten auf. Die geplante Reduzierung der Treibhausgase um mindestens 80 Prozent bis zum Jahr 2050 und die vor dem Scheitern stehende unterirdische La-

gerung von Kohlendioxid bringt die Braunkohleindustrie in neue Zwänge.

Mit gemeinsamer Lobbyarbeit wie in Leuna wollen Brandenburg, Sachsen und Sachsen-An-

halt verhindern, dass der Ausstieg zu früh erfolgt. Bereits im Mai vergangenen Jahres hatten sie der Bundesregierung die Braunkohle als „Brückentechnologie“ angedient. Nach der Re-

duzierung der Atomkraftwerke sei sie „der einzige heimische Energieträger, der in großen Massen langfristig subventionsfrei zur Verfügung steht“. Mit Braunkohle beuge sich Deutschland

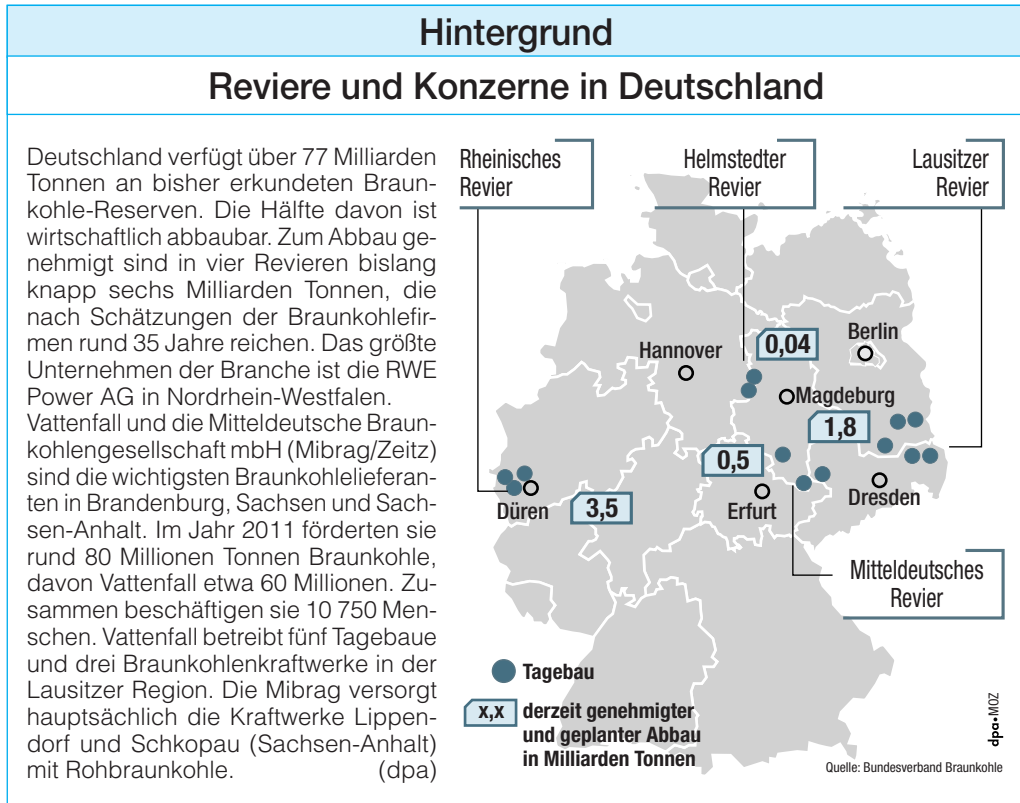


nicht in die Abhängigkeit ausländischer Lieferanten, sie sei zudem bezahlbar, so die Argumente.

Widerspruch kam gestern von den Grünen. Die Fraktionschefin im sachsen-anhaltischen Landtag, Claudia Dalbert, kritisierte, Haseloff streue den Menschen Sand in die Augen. Bereits 2030 werde das Bundesland seinen Strombedarf aus erneuerbaren Energien decken können, sagte sie. Und bei der chemischen Verwendung von Braunkohle stelle sich die Frage, ob es sich lohne, dafür „ein weiteres Stück Sachsen-Anhalt abzubaggern“.

Auch die Grünen in Brandenburg machten Front gegen die Regierungspläne. Der energiepolitische Sprecher der Partei im Landtag, Michael Jungclauss, geißelte das Gipfeltreffen als „Rückzugsgefecht für eine überkommene Technologie“. „Statt sich verbissen an jeden Strohhalm zu klammern und die Zukunft der Braunkohle schönzureden, müssen die drei Landesregierungen dringend Strategien für einen Strukturwandel in ihren jeweiligen Braunkohleregionen entwickeln“, betonte der Politiker.

Heute will das Kabinett in Potsdam die umstrittene „Energiesstrategie 2030“ des Landes beschließen. Darin setzt die Landesregierung neben verstärkter Energieeffizienz in Gebäuden, Industrie und Verkehr sowie dem Ausbau erneuerbarer Energien und ihrer Verteilnetze auch auf die Braunkohle. Der fossile Energieträger soll jedoch um die CCS-Technologie, die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid, ergänzt werden. Bislang fehlt für solch eine Nutzung jedoch das politische Instrumentarium. Seit vergangenen Herbst hängt das Gesetzesvorhaben im Bundesrat fest.



„Je früher wir aussteigen, desto besser“

VIER FRAGEN AN: Holger Rogall von der Hochschule für Wirtschaft und Recht

Der Wirtschaftswissenschaftler und Nachhaltigkeitsforscher Holger Rogall von der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht sieht die Kohleverstromung wegen ihrer Umweltbilanz als Risiko an. Mit ihm sprach STEFAN KEGEL.

Herr Professor Rogall, hat für Sie die Braunkohle noch eine Zukunft?

Die Bundesregierung plant, bis zum Jahr 2050 insgesamt 80 bis 95 Prozent der Treibhausgase Deutschlands einzusparen. Wenn man weiß, dass es Produktionszweige wie die Stahlerzeugung gibt, in denen man ohne Treibhausgase nicht auskommt,

dann ist klar, dass die Regierung eine vollständige Versorgung mit erneuerbaren Energien anstreben muss, um das Ziel zu erfüllen. Braunkohle als schmutzigster Primärenergieträger hat dementsprechend keine Bedeutung für die künftige Energieversorgung.

Die Braunkohle würde noch einige Zeit reichen ...

Global gesehen ist die Kohle der Energieträger, von dem es noch die meisten Reserven gibt. Jedoch hat Braunkohle die größte klimaschädigende Wirkung von allen. Treibhausgase verbleiben mehrere hundert Jahre in der Atmosphäre. Je früher wir ausstei-

gen, desto besser. Das sehr günstige Erdgas ist viel sauberer. Es wäre als Brückentechnologie bis 2050 gut geeignet.

Sie plädieren also für einen Ausstieg vor dem Jahr 2050?

Unbedingt, ja. Wir müssen vorher raus aus der Kohle. Da hilft auch die CCS-Technologie nicht. Sie schluckt selbst viel zu viel Energie.

Für Länder mit Braunkohlerevieren, wie Brandenburg oder Sachsen, brächen damit ganze Wirtschaftszweige weg.

Das wäre ja kein Ausstieg innerhalb von zwölf Monaten. So ein Ausstiegszenario würde

viele Jahre beinhalten. Betroffene Bundesländer haben das Recht, Forderungen an den Bund zu stellen, sie beim Umbau ihrer Wirtschaftsstandorte zu unterstützen. Die Länder haben mit dem Umbau ja auch schon begonnen. Brandenburg etwa gehört zu den führenden Ländern bei der Windenergie. Das müsste man stärker durch eine industrielle Basis unterstützen, indem etwa deutsche Windanlagenhersteller dort Werke bauen. Damit kann man dann auch Arbeitsplätze schaffen, genauso wie in den Bereichen des Leitungsausbaus, der Speicher-Technik und der Steuerung der Stromnachfrage.

Leserbriefe an die Redaktion

E-Mail-Adresse: leserbriefe@moz.de

Ein Relikt
der Monarchie

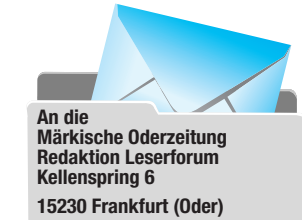
Zu „Bereit für das hohe Amt“ (Ausgabe vom 21. Februar): Anforderungen und Erwartungen an einen Nachfolger von Christian Wulff werden allseits immer höher. Kein Kandidat kann aber steril und völlig abgeschirmt von der gesellschaftlichen und sozialen Wirklichkeit sein bisheriges Leben verbracht haben. Was soll das also?

Warum braucht eine Republik wirklich ein solches Amt? Das Land repräsentieren, regelmäßig an Gerechtigkeit und an Verantwortung sowie Moral aller Bürger appellieren, besondere Leistungen würdigen oder bereits beschlossene Gesetze unterschreiben, das können auch

andere tun beziehungsweise es ist unnötig weil wirkungslos. Im Grunde ist das Ganze ein Relikt der Monarchie.

EKHART GRABBERT
Eberswalde *

Die „Linke“ hat aus ihrer Sicht Gründe genannt, die eine Kandidatur von Gauck nicht rechtfertigen. Meiner Ansicht nach gibt es aber noch andere Gründe für diese ablehnende Haltung. Diese liegen wahrscheinlich begründet in der Art und Weise, wie Joachim Gauck als Leiter der nach ihm benannten Behörde seine Befugnisse genutzt hat um zielgerichtet ehemalige DDR-Bürger, die nach der Wende im öffentlichen Leben ihren Platz gefunden hatten, vorzugehen, um diesen eine Nähe oder di-



rekte Zusammenarbeit als IM mit dem MfS anzulasten.

GERHARD JONSCHER
Schweid *

Wie Recht hatte doch die Kanzlerin Angela Merkel als sie einmal öffentlich im Fernsehen sagt, die Politik ist ein schmutziges Geschäft. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Obwohl sie einen gemeinsamen Kandidaten von Koalition und Opposition als Nachfolger von Wulff wollte, preschte die FDP

ungebremst vor und plädierte gegen den Willen der Union nur für den ehemaligen Theologen und Bürgerrechtler Joachim Gauck, jeden anderen Kandidaten lehnte sie ab. Kein gutes Omen für die Koalition.

WALDEMAR DITTFELD
Frankfurt (Oder)

Zwölf Gedichte
Kerners vertont

Zu „Vom Arzt zum Geisterseher“ (Ausgabe vom 18./19. Februar):

Mit Interesse habe ich die Abhandlung über den Arzt und „Geistheiler“ Justinus Kerner gelesen. Seine medizinisch-spiritistischen Tätigkeiten und naturwissenschaftlichen Experimente waren für seine Zeit sicher be-

merkenswert. Ihr Autor lässt es anklingen: Kerner war auch Dichter im Umkreis von Ludwig Uhland.

Als Musikfreund kenne ich ihn als solchen. Der große Romantiker Robert Schumann hat zwölf von Kerners Gedichten vertont. Ob beide sich persönlich kannten, weiß ich nicht. Ich habe mir nach dem Lesen des Beitrags die CD mit den Schumann-Liedern nach längerer Zeit wieder mal angehört, mit großem musikalisch-literarischem Genuss. Danke für den Anstoß.

DIETRICH SOLLE
Birkenwerder *

Die abgedruckten Briefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor.